

LANDSGEMEINDE PAROLEN 2026



**Christian Büttiker,
Parteipräsident**

JA

12 Neues Verwaltungsgebäude in Glarus

Die Landsgemeinde 2026 leitet unser Regierungsrat Markus Heer. Dass der Landammann in dieser Funktion keinen politischen Einfluss nehmen kann, ist klar. Darum übernimmt die SP-Familie diese Aufgabe mit Engagement und Herzblut.

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder Erfolge feiern können. Sei dies mit dem Verhindern der Kantonalbank-Privatisierung, dem Erhalt des Gratis-ÖV für Landsgemeinde-Teilnehmer:innen oder dass die automatische Prämienverbilligung vor die Landsgemeinde kommt und der Kinderschutz bei häuslicher Gewalt gestärkt wird.

An der Landsgemeinde haben die Stimmberechtigten das Wort. Die Durchmischung der Generationen, Zuversicht und Mut ermöglichen Entscheide auch entgegen den Anträgen von Regierung oder Landrat. Viele politische Amtsträger:innen entscheiden nach dem rot angesagten Budget und verhindern dadurch Zukunftsinvestitionen. Auch 2026 gibt es Geschäfte, die Voraussicht brauchen. Zum Teil ohne Kosten für den Kanton lehnen sie Landrat und Regierung trotzdem ab. Andere Geschäfte kosten etwas. Dank bald regelmässigen Sondereffekten und der um 15 Millionen Franken besser abgeschlossenen Rechnung sind diese Mehrkosten tragbar.

Andere Geschäfte können wie vorgeschlagen angenommen werden, da bereits demokratisch vorgespurt wurde. So macht der Bau des Verwaltungsgebäudes für die sozialen Dienste und weitere Verwaltungseinheiten absolut Sinn. Die SP sagt klar Ja zum Kreditbegehren, da der Wettbewerb nötige Leistungen verlangt, welche die Ausführung beschleunigen.

JA 4 Förderung gemeinnütziger Wohnungsbau

Susanna Schiesser, Landratskandidatin Glarus Süd

Bis 2040 sollen mindestens 5 Prozent des Wohnungsbestands im Kanton gemeinnützig sein. Gemeinnützige Bauträger wirtschaften ohne Gewinnabsichten. Aktuell gehören rund 2 Prozent der Glarner Wohnungen gemeinnützigen Trägern; im Schweizer Durchschnitt 5 Prozent. Laut Regierungsrat gibt es im Kanton keine Wohnungsnot, und die Mieten sind vergleichsweise tief. Die SP sieht das anders: Auch hier wird es schwieriger, bezahlbaren und guten Wohnraum zu finden. Das gilt besonders für Haushalte mit tieferen Einkommen, Familien und ältere Menschen. Gemeinnütziger Wohnungsbau führt zur Durchmischung der Bevölkerungsgruppen und reduziert den finanziellen Druck für Normalverdienende.

Herzlichen Dank für Ihre Spende:
SP Kanton Glarus, PostFinance
IBAN: CH34 0900 0000 8700 1562 0
www.spglarus.ch



JA 5 A Zeitgemässer Fahrkostenabzug

Benjamin Kistler, Landrat Glarus Nord

Wer arbeitet, kann bei den Steuern die Fahrkosten vom Wohn- zum Arbeitsort vom Einkommen abziehen. Bisher war dieser Abzug unbegrenzt, neu soll er bis zu einem Maximum von 6000 Franken möglich sein. Dadurch steigen die Steuereinnahmen von Kanton und Gemeinden. Die Einführung eines maximalen Abzugs ist eine faire Möglichkeit, die Steuereinnahmen zu erhöhen, profitieren doch von Steuerabzügen systembedingt Besserverdienende mehr und haben nur 12 Prozent der Steuerpflichtigen höhere Fahrkosten als 6000 Franken.

NEIN 5 B Fahrtenentschädigung für Lehrlinge

Sarah Küng, Landrätin Glarus

Der Regierungsrat will den kantonalen Beitrag an die Reisekosten für den Besuch des Pflichtunterrichts an Berufsfachschulen, lehrbegleitenden Berufsmaturitätsschulen und interkantonalen Fachschulen für Lernende abschaffen. Einen Anspruch auf diesen Beitrag kann geltend machen, wer die Lehre in einem Betrieb im Kanton Glarus absolviert und im Kanton Glarus wohnhaft ist. Das Einsparpotenzial für den Kanton beträgt zirka 17 000 Franken pro Jahr. Setzen Sie mit uns ein Zeichen für die Lernenden und lehnen Sie diese Gesetzesänderungen ab.

JA 6 C Stärkung der Krisensicherheit des politischen Systems

Samuel Zingg, Landrat Glarus Nord

Die Coronakrise zeigte: Wir können eine Krise bewältigen, haben aber Anfälligkeiten im politischen System. Ziel ist es, Blockaden während Krisen zu verhindern. Gleichzeitig sollen Rechtssicherheit und Kontrollmechanismen gestärkt werden. Die Vorlage entflechtet die bisher vermischten Dringlichkeits- und Notrechtsklauseln. In Notstandssituationen sollen Land- und Regierungsrat von der Verfassung abweichende Beschlüsse fassen können. Diese verfallen mit Ende des Notstands, und der Landrat erhält eine zentrale Rolle bei der Nachbearbeitung.

JA 7 Gesetz über die Strassen- verkehrsabgaben

Mauro Sana, Landratskandidat Glarus Süd

Für den Unterhalt und Bau von Strassen bezahlen wir Strassenverkehrsabgaben. E-Autos sind davon ausgenommen, da sie keinen Hubraum haben. Neu sollen Gesamtgewicht und Leistung die Berechnungsbasis bilden, und nicht mehr der Hubraum. So werden alle Autofahrer gleichgestellt. Da E-Autos leistungsfähiger und schwerer sind, garantiert die Einführung des technischen Ausgleichs eine Gleichbehandlung der verschiedenen Antriebsarten. Als Übergangslösung erhalten E-Autos in den nächsten vier Jahren 25 Prozent Rabatt.



**Sabine Steinmann,
Fraktionspräsidentin**

JA 9 Bäuerliches Bodenrecht und
landwirtschaftliche Pacht

JA 10 Abgeltung von Wolfsrissen

Liebi Mitlandlüt

Sicherheitsgefühl im Alltag entsteht, wenn wir uns darauf verlassen können, in schwierigen Lebenssituationen Unterstützung zu erhalten. Wenn wir auf demokratische Abläufe vertrauen und uns beteiligen können. Mir persönlich helfen diese sozial-demokratischen Richtlinien bei der politischen Entscheidungsfindung.

So braucht es gute Rahmenbedingungen für die Arbeit der Glarner Bauernfamilien, denn sie sollen regional und auf Basis einer gesunden Natur produzieren können. Ihre Belastung wird immer grösser, die Anforderungen steigen. Es ist sozial, wenn die landwirtschaftliche Beratung gesichert (Traktandum 9) und eine finanzielle Entschädigung auch schon bei einem «sehr wahrscheinlichen» Wolfsriss ausgerichtet wird (Traktandum 10). Auf Ihre Solidarität hoffen wir ebenfalls beim Traktandum 11, wo es um die Abfederung der Krankenkassenprämien geht.

Aus demokratischer Perspektive freue ich mich darüber, dass Sie an der letzten Landsgemeinde dem Antrag der SP zugestimmt haben – so können die Glarner Stimmberechtigten weiterhin gratis mit dem ÖV an die Landsgemeinde fahren. Bis bald im Ring!

JA 8 Attraktivere Velorouten

Werner Kälin, Landrat Glarus

Ziel des Memorialsantrags ist die Veloförderung: Mindestens 10 Prozent der Strassenverkehrssteuern sollen in Velorouten fließen. Die SP teilt dieses Ziel, denn das Velo ist effizient und praktisch, steckt nicht im Stau und integriert Bewegung in den Alltag. Das Glarnerland braucht deutlich mehr, bessere und sichere Velowege. Dadurch wird Glarus Süd besser erreichbar, weil ein Verkehrsmix zugunsten des Velos vorne im Kanton für weniger Stau sorgt. Und dadurch werden alle Gemeinden attraktiver, weil sie Zuzüger:innen anziehen, die mit dem Velo mobil sind, statt für Stau sorgen.

JA 11 Individuelle Prämienverbilligung

Priska Grünenfelder, Landrätin Glarus Nord

Neu soll die Prämienverbilligung automatisch ausbezahlt werden – damit erhalten künftig auch jene Unterstützung, die bisher durch die Maschen fielen. Heute gehen bis zu einem Drittel der Berechtigten leer aus. Gleichzeitig steigt die Belastung für Menschen mit tiefem Einkommen: von rund 9 auf bis zu 15 Prozent. Die SP setzt sich deshalb für ein Sozialziel von 12 Prozent ein. So bleibt die Reform sozial ausgewogen und verhindert, dass ausgerechnet jene noch stärker belastet werden, die heute schon jeden Franken umdrehen müssen. Entscheidend ist, dass die Entlastung ankommt, wo sie gebraucht wird.

KOMM AM 2. MAI
IN UNSER LANDS-
GEMEINDE-BEIZLI
AM FLOHMARKT
#ÜSBRUUCHTS

Ihre SP-Kandidierenden für den Landrat am 14. Juni 2026 (oben: bisher / unten: neu)



Sabine Steinmann (Glarus Nord)



Samuel Zingg (Glarus Nord)



Priska Grünenfelder, (Glarus Nord)



Benjamin Kistler (Glarus Nord)



Sarah Küng (Glarus)



Werner Kälin (Glarus)



Susanna Schiesser (Glarus Süd)



Mauro Sana (Glarus Süd)



Carmen Tellenbach (Glarus)



Nikolai Jenny (Glarus)



Christian Brühlhart (Glarus)



Dominik Chimenti (Glarus Nord)